

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

p/II/19

Hannover, 4. März 1947  
Telefon 20951/52

## Wieder einmal "Empire-Krise"

=====

G.A. Ein amerikanischer Abgeordneter hat kürzlich erklärt, das Beste wäre es wohl, wenn England sich, da sein Empire sich in Auflösung befinde, als neuer Bundesstaat den USA anschliessen würde. Es lässt sich schwer sagen, wieviel davon auf das heutige amerikanische Überlegenheitsgefühl kommt, wieviel daran Ernst und wieviel Spass ist. Aber die Engländer verstehen auch in ernsten Dingen Spass und es hätte uns nicht gewundert, wenn man von ihnen die Antwort bekommen hätte: "Gut, aber König Georg VI. muss dann Kaiser von Amerika werden". - Damals als Churchill im Kriege vor dem amerikanischen Kongress sprach und der Gedanke einer staatsrechtlichen Verbindung vom britischen Empire und Vereinigten Staaten von Nordamerika viel erörtert wurde, lag das Projekt schon einmal im Bezirk ernsthafter Diskussionen.

Nun - soweit ist es noch nicht. Immerhin ist es wohl richtig, dass hinter das Wort von der Empire-Krise, das seit Jahrzehnten immer wieder durch die Zeitungen aller Länder geistert, diesmal kein Fragezeichen gesetzt zu werden braucht. Auflösungs-symptome sind vorhanden. Den Tatbestand umriss kürzlich die "New York Times" mit den Worten: "Das Empire wurde im ersten Weltkrieg geschwächt, im zweiten in seinen Grundsätzen erschüttert. Zentrifugale Kräfte machten sich geltend. In den letzten Wochen wurde der Druck auf die Struktur des Empire stärker denn je zuvor. Attlee gab im Unterraum den Beschluss der Regierung bekannt, im Juni 1948 die Herrschaft über Indien abzuschliessen. Bevin teilte mit, dass die Regierung die Palästinafrage im September vor die UNO bringen werde, und schliesslich veröffentlichte die Regierung ein Weissbuch zur Verteidigung des Empire."

Die Gründe für diese Entwicklung? England hatte den Krieg als eine sehr grosse und reiche Kolonialmacht begonnen. Es beendete ihn in

starker physischer und materieller Erschöpfung. Diese Tatsache lockerte die Autorität besonders in den Teilen des Empires, die auf der Mitte zwischen selbständigen Dominionen und Kolonien standen. Dagegen sind die Bindungen zu Kanada, Südafrika und Australien-Neuseeland trotz der gewachsenen Selbständigkeit dieser Länder und trotz ihrer grossen Neigung, sich wirtschaftlich enger als bisher den USA anzuschliessen, womöglich noch zuverlässiger geworden. Der triumphale Empfang des englischen Königspaares in Südafrika ist dafür ein klarer Beweis.

So hat sich die englische Regierung zu dem gewiss nicht risikofreien, aber, so glauben wir, auch sehr weitsichtigen Entschluss durchgerungen, aufzugeben, was machtpolitisch auf die Dauer doch nicht zu halten ist und den Versuch zu machen, das reife Herrschaftsverhältnis auch in diesen Bereichen allmählich durch die Form freier Vereinbarungen zu ersetzen, die sich an anderer Stelle so bewährt haben, ohne dass das gleich die Form des Dominionstatuts sein soll oder auch nur sein kann. Es wird sich erst zeigen müssen, ob die Verhältnisse in Indien, Ägypten und Palästina sich nach einem Abzug der Engländer bessern werden. Sicher ist andererseits, dass die englische Politik sich auch künftig von dem Bewusstsein der überragenden Bedeutung der Nahostpositionen für den Zusammenhang gerade eines weiter aufgelockerten Empires leiten lassen wird. Ausserdem liegen Anzeichen dafür vor, dass auch die USA diese Bedeutung für die gemeinsame angelsächsische Machtstellung und für die grossen eigenen amerikanischen Interessen im vorderen Orient voll erkennen und daraus ihre Schlüsse ziehen werden. Es liesse sich also denken, dass die Verschiebung des Kräfteverhältnisses innertalb der angelsächsischen Gruppe zugunsten der USA zu einer Art neuer Arbeitsteilung bei der Bewältigung der gemeinsamen weltpolitischen Aufgaben führen kann. Es ist also wohl übertrieben, von der unmittelbaren Gefahr einer Auflösung des Empire zu sprechen, wenn auch ein durchgreifender Strukturwandel und ernste Krisenerscheinungen unverkennbar sind.

Die ganze politische Welt steht heute vor der Aufgabe, sich ein neues Gesicht zu geben. Die britische Politik bemüht sich, teils unter dem Zwang der Verhältnisse, teils aus freiem Entschluss, für das Empire um das Gleiche. Sie entwickelt dabei wieder jene typisch englische Mischung von Traditionsgebundenheit, grosszügigem Wagemut und erstaunlicher Anpassungsfähigkeit an den Wandel der Zeiten und seine Erfordernisse, die dieses Weltreich so oft, entgegen allen pessimistischen Voraussagen, auch über schwerste Gefahren hinweg zusammengehalten hat.

## Russlandpolitik

Eine geschichtliche Skizze  
von Dr. Hans Horst Heide, Berlin

Das diplomatische Verspiel zur Moskauer Friedenskonferenz ist zu Ende. In der politischen Diskussion sind verschiedene Auffassungen und Projekte erkennbar, mit denen die Grossmächte zu dem Kernthema, der künftigen deutschen Staatsverfassung, aufwarten. Die Frage, ob Deutschland einmal als Einzelstaat, Bundesstaat oder Staatenbund in die Völkergemeinschaft zurückkehren soll, wird vor dem Forum der grossen Mächte beantwortet werden und deutsche Stimmen werden hier wenig zur Geltung kommen.

Es sind historische Reminiszenzen, die Russland die beführchtete Stauffelung eines föderalistischen Deutschlands in ein westeuropäisches Staatensystem mit Misstrauen betrachten lassen, und es sind historische Reminiszenzen, die Herrn Lippmann kürzlich in der "New York Herald Tribune" zu der ergothenführten Prognose veranlassten, dass das erste Bündnis eines Zentralstaates Deutschland das mit Russland sein werde. Ob Lippmann dabei auf das erste Splanchen ausserpolitischer Fäden durch die Kaiserin Republik anspielte, das zum Vertrag von Rapallo führte, oder ob er die deutsche Aussenpolitik der Bismarckzeit vor Augen hatte, ist unwesentlich für die praktische Nutsanwendung, die ein massgeblicher amerikanischer Publizist aus der Geschichte der deutschen Aussenpolitik ziehen zu müssen glaubt.

Vom deutschen Standpunkt ist gerade heute Anlass zur leidenschaftslosen Betrachtung einer geschichtlichen Epoche gegeben, deren hervorstechendes Merkmal dauerhafte Beziehungen zu Russland waren. Das gute Verhältnis zu Russland war der tragende Pfeiler in der komplizierten Konstruktion des Bismarckschen Bündnissystems nach 1871. Er hat diese Politik der deutsch-russischen Freundschaft konsequent bis zu seiner Entlassung durchgeführt. Sie beruhte auf einer preussisch-russischen Tradition, auf dem persönlichen Vertrauensverhältnis, das Bismarck seit seiner Gesandtschaftszeit in Petersburg und stärker noch seit der Militärkonvention von 1863 zum Zaren Alexander II., dem Neffen Wilhelms I., unterhielt, und war untermauert durch das Faktum einer langen gemeinsamen Grenze sowie durch die Tatsache des Fehlens direkter politischer Streitobjekte. Soweit sich Differenzen ergaben, rührten sie im wesentlichen aus dem österreichisch-russischen Interessenkonflikt auf dem Balkan her. Bismarcks Ziel war es, diese beiden "mächtigen Tappentiere an ihren Halsbändern" auseinanderzuhalten und Arbeit nach Möglichkeit eine endgültige Option deutscherseits zu vermeiden. "Die Gefahren... lassen sich nur paralysieren, wenn wir zwar fest auf Treue gegen Österreich, aber auch darauf halten, dass der Weg von Berlin nach Petersburg frei bleibt." (Gedanken und Erinnerungen).

Kann wir den einzelnen Phasen der zwanzigjährigen Russlandpolitik Bismarcks nachsehen, so fällt auf, dass die Maxime dieser Politik trotz gelegentlicher starker Spannungen und persönlicher Ressentiments unverändert erhalten bleibt. Russlands Haltung gegenüber seinem westlichen Nachbarn war zunächst in seiner strikten Neutralität während des Krieges von 1866 und 1870/71 zum Ausdruck gekommen. Nach der Reichsgründung trat jedoch trotz des Dreikaiserbündnisses durch die aktive russische Balkanpolitik eine Wendung ein. Ein Jahr nach der Krise von 1875 - Gortschakov betreibt damals eine Annäherung an Frankreich - stellt der russische

kanzler Bismarck mit dünnen Worten vor die Frage, ob Deutschland im Falle eines russisch-österreichischen Krieges neutral bleiben würde. Bismarcks Antwort: er könne zwar ruhig zusehen, wenn seine beiden Freunde sich gegenseitig Schlachten liefern, nicht aber, dass der eine oder der andere am Schluss als Grossmacht ausscheide.

1877 - neue Kriegsgefahr. Die Russen haben die Türken entscheidend geschlagen. Bismarck: "Unsere Verhältnisse zu Russland sind uns viel wichtiger als die ganze Türkei!" Der Berliner Kongress soll die "Interessensphären" auf dem Balkan abgrenzen. Russland fühlt sich durch die Abweichungen übervorteilt, der Druck aus Petersburg wird so stark, dass Bismarck 1879 zu dem Sprung über die Hürde veranlasst wird. Er schliesst das Bündnis mit Österreich mit gegenseitiger Hilfeleistung bei einem russischen Angriff. Die traditionelle Russlandpolitik scheint abgeschlossen. Aber die Option ist nur scheinbar endgültig. Noch steht das verlängerte Dreikaiserabkommen in Reserve. Erst als dieses 1885 in die Brüche geht, vollzieht Bismarck die entscheidende Rückwendung zu Russland, wo inzwischen Schadow am Ruder ist. Er zeigt sich desinteressiert an dem ihm natürlich erscheinenden Drang der Russen nach den Meeren (und sichert sich in dem geheimen Rückversicherungsvertrag von 1887 für drei Jahre die russische Neutralität im Falle eines französischen Angriffs, wogegen Deutschland bei einem österreichischen Angriff auf Russland neutral bleiben wird. Ergebnis: Russland entlastet die deutsche Ostgrenze, Österreich wird vor leichtsinnigen Abenteuern (1914) gewarnt, Frankreich wird von Russland distanzierter und England sieht keine Veranlassung, diese Kohastellation zu stören.

Als Alexander III. 1890 den Vertrag um weitere sechs Jahre verlängern will, ist Bismarck nicht mehr im Amt, die Epoche seiner Russlandpolitik abgeschlossen. Der "Draht" war endgültig abgerissen.

Der Unterschied zwischen jener Zeit und der unsrigen sollte auch durch diese kurze Skizze deutlich geworden sein. Bismarcks Zeit und Bismarck selbst sah die Aufgabe politischer Tätigkeit im Abschluss von Verträgen und im heimlichen oder offenen Schieben von Figuren auf einem ungenormenen Schachbrett. Es ging um Bündnisse und Gruppierungen, und die Intrige hatte alle Chancen, wohin solche Sorte von Politik führte, zeigte die Reihe von Kriegen, die in allen Teilen Europas diesen Erdteil fortgesetzt erschüttert haben. Unsere Zeit hat andere Voraussetzungen für politische Entscheidungen geschaffen, unter denen die Einsicht und die Zustimmung der Massen nicht an letzter Stelle stehen. Diese Massen aber wollen, besonders auch in dem zu Teile erschöpften Deutschland, aber auch in Russland, das kaum weniger gelitten hat, die Geschir eines möglichst langen Friedens. Die Völker wollten das auch damals. Ob ihren heutigen Führern - von Deutschland ist hierbei nicht die Rede, denn es ist für seinen ausserpolitischen Teil noch nicht wieder selbst verantwortlich - die Erfüllung dieses Völkerwunsches besser gelingt als ihren Vorgängern? Zu einem Teil kann die kommende Moskauer Konferenz sicher diese Frage beantworten. (b/262/1/he)

#### 47 verschwand spurlos

Von den rund 370.000 deutschen Kriegsgefangenen, die sich noch in England befinden, sind noch einer Mitteilung des englischen Kriegsministeriums 47 spurlos aus ihren Lagern verschwunden. Man nimmt an, dass 20 von ihnen in London untergetaucht sind, während der Rest sich irgendwo im Lande versteckt hält. Im übrigen wird betont, dass die Zahl der Fluchtversuche ausserordentlich gering ist und weit niedriger, als in anderen Ländern, z.B. in Frankreich. Am längsten blieb nach einem Fluchtversuch ein deutscher Feldwebel in Freiheit. Er lebte 84 Tage in einem selbstgebauten Unterstand bei Crabness in der Grafschaft Essex, ehe er aufgestöbert und wieder ins Lager zurückgebracht wurde. (w/Blo/33/1/he)

### "Sicherung der Demokratie"

KV., Berlin

Berlin ist dabei, sich eine neue Institution zu schaffen, die für das innerpolitische Leben von ganz Deutschland von Wichtigkeit werden kann. Einem Antrag der SPD in der Stadtverordnetenversammlung entsprechend soll der Stadtratsregierung ein neues - das 16. - Dezernat hinzugefügt werden, das in seinem Aufgabenplan wie in seinen Zielen völlig neuartig ist. Dieses Amt heißt einstweilen: "Sicherung der Demokratie".

Man braucht heute, da das Gift der totalitären Gesinnungen noch immer und bisweilen sehr kräftige Wirkungen hat, dringender denn je die ständige Beobachtung der Methoden, in denen sich das wirklich demokratische Leben einzuspielen sucht. Man weiß z.B., dass die Weimarer Republik ihre Gefährdung vor allem der Lässigkeit dankt, mit der sie ihre erklärten Feinde behandelt hat. Und man hat gerade auf dem hartten und heissen Berliner Boden nach 1945 erfahren, wie die Gefahren einer totalen Vergewaltigung des öffentlichen Lebens zugunsten einer die Macht rücksichtslos missbrauchenden politischen Minderheit den jungen demokratischen Versuchen sehr früh empfindliche Schläge versetzt haben.

Bekämpfung aller nationalsozialistischen Bestrebungen, einheitliche Steuerung der Arbeit der Entnazifizierungsausschüsse, Beseitigung der Korruption, wo immer sie auftritt, Untersuchungen und Materialbeschaffung für die Dienststrafverfahren und schließlich die Verfügung und Kontrolle der Bergungsmassnahmen und Beschlagnahmen: dies etwa sollen die Aufgabengebiete des neuen Amtes sein. Man erkennt, dass das Element dieses Amtes eine moralische Funktion ist. Hier soll das öffentliche Leben einer ständigen kritischen Beobachtung und Untersuchung unterworfen und ausgesetzt sein und gewissermassen das Gewissen der vielerlei "Menschlichkeiten" bilden, durch die Organe und Einrichtungen der neuen Demokratie bei der Öffentlichkeit in frühen Misskredit gebracht werden. Die Demokratie selber wünscht sich durch ein solches Amt zu kontrollieren. Denn dies schon in normalen Zeiten von Nutzen ist - um wieviel mehr in solchen, die durch Krieg und Chaos die sittlichen Verbrämte vielfach verschoben haben.

Es ist keine Frage, dass die Angelegenheiten eines solchen Amtes zunächst wenig greifbar scheinen. Sie sind nicht so präzise und materiell wie die übrigen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Ressorts; denn sie betreffen ja in vorletzter Linie das Menschliche. Es ist ein erster kühner Versuch, die menschliche Unzulänglichkeit, die keine Parteidisziplin ausgleichen kann, durch eine unablässige und gewissenhafte Selbstkritik in ihren Wirkungen zu mindern oder gar auszuschalten. Wenn eine solche Einrichtung richtig gehandelt wird, kann sie mehr als Berliner Bedeutung haben. Denn Korruption, menschliche Unzulänglichkeit und Durchstecherei sind ja allgemeine Fehlentwicklungen. Und es kommt wirklich sehr viel darauf an, soviel Sicherungen wie möglich einzubauen, dass diese Erscheinungen sauber von Wesen und Methode der schwer um ihre Existenz ringenden deutschen Demokratie getrennt werden. Die Parlamente tun zwar dazu das Ihrige. Doch die Möglichkeit, jeden einzelnen der vielen oft unvorstellbaren Fälle der demokratischen Schädigung aufzugreifen und zu verfolgen haben sie natürlich nicht.

Nun gibt es Idealisten, die der Ansicht sind, dass jede "Sicherung der Demokratie" schon wieder eine undemokratische Handlung sei. Sie verkennen wohl, dass die Demokratie unserer Tage nicht in einem luftleeren Raum steht, die dem theoretischen Experiment offen liegt. Sie hat die Erfahrungen einer unselig verspielten Weimarer Demokratie

zu berücksichtigen wie die grausame Wirklichkeit eines überwindenen totalen Staates in Rechnung zu stellen. Sie hat gelernt. Und diejenigen, die sich um ihre neue Konstitution rühen, wissen, dass mit "Sicherung der Demokratie" heute nicht das Regime eines Polizeistaates gemeint sein kann, sondern die geistliche menschliche und soziale Sauberkeit gegenüber allen demokratischen Anstrengungen.  
(b/311/1/hs)

### Gerechter Lastenausgleich

#### Ein Vorschlag

von W. Knothe, Landesvorsitzender der SPD Hessen

Die ungeheure Verarmung des deutschen Volkes legt uns die Frage vor, nach welchen Grundsätzen die zu erwartende Lastenregelung erfolgen soll. Sie muss unbedingt gerecht sein und sie muss deshalb den durch den Krieg erfolgten sozialen Strukturwandel voll berücksichtigen. Im Vordergrund einer solchen Betrachtungsweise steht die Neuordnung des gesamten Wirtschaftslebens. Wir müssen die uns zustehenden Rohstoffe wie Kohle, Eisen, Stahl usw. im Veredelungsprozess zu Gebrauchs- und Bedarfsgütern umgestalten. Dieser Gebrauchs- und Bedarfswirtschaft muss eine planmäßige Produktionslenkung und -verteilung zu Grunde liegen. Es ist bei dem bestehenden sozialen und ökonomischen Standort nicht mehr vertretbar, ein Wirtschaftssystem nach den Grundsätzen der Profitwirtschaft und einer planlosen Gütererzeugung aufzubauen.

So wird das Problem der vorzunehmenden Lastenregelung erst gelöst werden können, wenn die Neuordnung der Wirtschaft vollzogen ist und die Währungsreform durchgeführt wurde, und zwar einheitlich für ganz Deutschland. Vor Beginn der Ausweisung der Deutschen Bevölkerung aus den östlichen Gebieten waren in ganz Deutschland 35% noch im Besitz all ihres Vermögens, 40% hatten alles verloren, 25% hatten einen teilweisen Verlust zu beklagen. Dieser letzte Prozentsatz hat sich durch den Flüchtlingszustrom nach dem deutschen Westen eine außerordentliche, im Einzelnen noch nicht überschaubare Erhöhung erfahren. Selbstverständlich ist es notwendig, dass ein Ausgleich zu Gunsten derer, die nichts mehr besitzen, geschaffen wird. Nicht nur die Ausgebombten und Neubürger benötigen bestimmte Gebrauchs- und Bedarfsgüter, auch die schwer arbeitende Bevölkerung, der es auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage und auch durch den Produktionsstopp an Zivilgütern im Kriege nicht möglich war, sich mit diesen Gütern ausreichend zu versorgen, muss bei der Verteilung gewisse dem vorhandenen Bedarf berücksichtigt werden. Den Ausgebombten und Neubürgern könnten etwa von den neu hergestellten Verbrauchsgütern zwei Drittel und der übrigen notleidenden Bevölkerung ein Drittel zugesprochen werden. Die alten Spareinlagen der Rentner und Besitzlosen müssen bei dem vorzunehmenden Lastenausgleich nach Möglichkeit geschont werden. Auch die von Hitler jahrelang durch die Gefängnisse und Zuchthäuser geschleppten und in die Konzentrationslager eingepferchten Menschen müssen entsprechend berücksichtigt werden.

Um einen konkreten Hinweis zu geben: Alle begüterten Nazisten und Militaristen sowie die Nutzniesser dieses Systems hätte man bei den Spruchkammerurteilen nicht nur finanziell strafen, sondern ihnen auch Sachwerte abverlangen sollen, die für die Ausgebombten und Neubürger hätten freigestellt werden können. Aber diese Massnahme könnte nachgeholt werden durch eine Gesetzregelung, die vor allem die gespeicherten Sachwerte möglichst vollkommen erfasst. Denn es ist gedenklich ein grosser Unterschied, ob man einem Ausgebombten oder Neubürger z.B. RM. 1.000,- auszahlt, oder ob man ihm Möbelstühle, Kleider, Äsche, Schokolade usw. aus den Beständen derer, die in den 12 Jahren Nutzniesser der Naziherrschaft waren. (b/33/1/hs)

Deutsche Firmen wandern aus

Die französische Industrie und die deutsche Konkurrenz  
von Alfred Frisch - Paris

Frankreich war früher ein Gläubigerland und ist durch den Krieg zu einem Schuldnerstaat geworden. Es muss daher grosse Anstrengungen machen, um seinen Export zu steigern und in Zukunft seine Handelsbilanz zumindest auszugleichen. Die französische Industrie hofft, dieses Ziel dank der weitgehenden Ausschaltung der deutschen Konkurrenz erreichen zu können. Diese Annahme war nach Bekanntgabe der Potsdamer Beschlüsse nicht unbegründet.

Inzwischen hat sich jedoch die Lage weitgehend geändert und verantwortliche französische Industrielle haben erkannt, dass die deutsche Konkurrenz auf vielen Gebieten in den nächsten Jahren womöglich noch fühlbarer als vor dem Kriege sein wird. Sie bemühen sich daher um eine indirekte Ausschaltung der deutschen Unternehmer vom Weltmarkt, dadurch, dass sie deren Leiter dazu bewegen, ihre Betriebe ganz oder teilweise nach Frankreich zu verlegen. Man interessiert sich unter diesem Gesichtspunkt hauptsächlich für die verarbeitende Industrie und für Fabriken, die entweder über moderne Maschinen oder besondere Herstellungsverfahren verfügen. Die deutschen Patente geniessen zwar im Ausland keinen Schutz mehr, man weiss aber, dass ihre Auswertung in vielen Fällen auf Grund der Patentschrift allein nicht möglich ist.

Bei den französischen Bemühungen um eine teilweise Verlegung deutscher Betriebe nach Frankreich handelt es sich keineswegs um theoretische Spekulationen. Es sind eine Reihe von Fällen bekannt, in denen die Verhandlungen bereits begonnen oder zum Erfolg geführt haben. Es kommen dabei nicht nur Unternehmen in der französischen Zone in Frage. Die deutschen Industriellen scheinen diesen Plänen recht wohlwollend gegenüberzustehen. Die etwaigen Verträge sind rein privatrechtlicher Natur. Die französischen Behörden enthalten sich jeder Einmischung. Im allgemeinen beabsichtigt man die Gründung gemischter deutsch-französischer Gesellschaften. Die betreffenden deutschen Industriellen, ebenso wie eine Reihe von Ingenieuren und Facharbeitern würden die Erlaubnis erhalten, nach Frankreich zu übersiedeln.

Derartige industrielle Bemühungen beschränken sich übrigens nicht nur auf Frankreich. Ein bedeutendes deutsches Unternehmen der Gummiwarenindustrie hat zu verstehen gegeben, dass es Angebote aus Amerika, England und Frankreich erhalten habe und das günstigste annehmen werde. Es ist bedauerlich, dass deutsche Industrielle so bereitwillig ihre Betriebe ins Ausland verlegen und das allgemeine Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes hinter ihrer rein persönlichen Befriedigung zurücktreten lassen. (t/33/1/he)

1.430.000 Engländer unter den Waffen

"Wenn England besonders stark unter dem Mangel an Arbeitskräften leidet, so ist dies auch auf die verhältnismässig hohe Zahl der Streitkräfte zurückzuführen, die es unter den Waffen hat. In diesem Jahr", so stellt die sozialistische "Tribune" fest, "kosten die Marine, das Heer und die Luftwaffe den Engländern ebenso viel wie ein viermonatlicher Produktionsausfall. Je 100.000 Soldaten bedeuten für England einen gleich hohen Verlust wie eine Woche Brennstoffkrise. Unter den Waffen stehen augenblicklich 1.430.000 Mann, wozu noch 460.000 Hilfskräfte und 160.000 Angestellte des Kriegs-, Marine- und Luftfahrtministeriums kommen, so dass also insgesamt 2.050.000 Mann für militärische Zwecke notwendig sind." (m/Bio/43/1/he)

Verantwortlich i. V.: Peter Raunau, Hannover